



Antwort zur Anfrage Nr. 1017/2022 der FDP-Stadtratsfraktion betreffend
Energie- und insbesondere Gasversorgung in der Stadt Mainz gewährleisten (FDP)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Frage einer drohenden Gasmangellage im Herbst / Winter beherrscht - spätestens seit der Ausrufung der "Alarmstufe" als zweiter von drei Stufen im Notfallplan Gas durch den Bund - derzeit die öffentliche Diskussion in Deutschland.

Die Landeshauptstadt Mainz hat umgehend eine Arbeitsgruppe - auch unter Einbindung von Experten der Unternehmensgruppe der Mainzer Stadtwerke AG - einberufen, die Auswirkungen einer möglichen Gasmangellage und deren Folgen diskutiert sowie Maßnahmen der kurzfristigen Energieeinsparung auf kommunaler Ebene festlegen wird.

Grundsätzlich sind die Fragen, wer auf welcher Grundlage und in welchem Umfang im Fall einer Gasmangellage agieren kann, jedoch komplex und vielfach auch anderen staatlichen Ebenen zugeordnet. So war beispielsweise das Verhältnis zwischen der Bundesnetzagentur, den Netzbetreibern und den Ländern Schwerpunkt beim jüngsten 7. Bund-Länder-Krisentreffen am 6. Juli 2022.

Im Rahmen der o.g. Arbeitsgruppe und der bewährten interkommunalen Zusammenarbeit steht die Stadtverwaltung zudem im permanenten Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden, um mögliche Einsparmaßnahmen - auch als "best practice" mit anderen Gebietskörperschaften - abzustimmen.

Angesichts der dynamischen Lage, die derzeit keine eindeutige Prognose über die kommenden Wochen und Monate erlaubt, wird die Arbeitsgruppe regelmäßig weiter tagen.

Die Fraktionsvorsitzenden werden durch den Oberbürgermeister regelmäßig über die aktuelle Lage und die dann getroffenen Maßnahmen aus der Arbeitsgruppe informiert.

Mainz, 14. Juli 2022

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister